

I. SENKUNG DER LOHNNEBENKOSTEN¹

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
	Systeme der sozialen Sicherung
<i>Die Lohnnebenkosten haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer kaum mehr tragbaren Belastung geworden ist und die auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, mehr Beschäftigung zu schaffen (Seite 1)</i>	- durch die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung, der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung wurden die Systeme der sozialen Sicherung stabilisiert und die Elemente der Eigenverantwortung gestärkt
	- die Sozialversicherungsbeiträge liegen heute (wie angepeilt) unter 40% - der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ist 2007 von 6,5% auf 4,2% gesunken und konnte zum 1.1.2008 nochmals auf 3,3% zurückgenommen werden - für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bedeutet das eine Entlastung in Milliardenhöhe - der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherungen liegt unter der 20%-Marke

¹ Quelle: http://www.spd.de/show/1743263/120308_SPD_Aktuell_Agenda2010.pdf

II. EINKOMMEN²

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
	Löhne/Gehälter/Gewinne/Vermögenseinkommen
<i>Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen. Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmer, freiberuflich Tätige und auch Rentner.</i> (Seite 2)	<ul style="list-style-type: none"> - zwischen 1996 und 2006 sind die realen Bruttolöhne und -gehälter von 802 Milliarden Euro auf 790 Milliarden Euro gesunken - die realen Gewinne und Vermögenseinkommen stiegen im selben Zeitraum von 460 Milliarden auf 557 Milliarden Euro an - die Lohnquote (Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen) ist hingegen zurückgegangen. Von 72,9% 1993 auf 64,6% 2007 - der Anteil der Gewinne und Vermögenseinkommen ist von 27 auf über 35% gestiegen
	Steuerbelastung
	<ul style="list-style-type: none"> - die Erträge von Aktiengesellschaften und GmbHs werden in der Bundesrepublik im Durchschnitt mit knapp 39% Steuern belastet - in der Theorie - die tatsächliche Abgabenlast ist weitaus geringer als der Steuertarif: - für Gewinne und Kapitaleinkommen errechnete die EU für 2004 eine faktische Steuerbelastung von 17,7% - einer Studie des Steuerexperten Lorenz Jarass zufolge sank die tatsächliche Steuerbelastung bis 2005 auf 16%, im Jahr 2000 waren es noch 24%.
	Renten
	<ul style="list-style-type: none"> - in diesem Jahr werden die Renten um 1,1 % steigen; auf den ersten Blick ein deutlicher Sprung gegenüber 2007 (+0,54 %) - in den Jahren davor hatte es drei Nullrunden in Folge gegeben. Aber auch diesmal bleibt die Erhöhung hinter der Preissteigerung zurück, was unterm Strich zu einem Minus bei den Rentnern führt.
	Diäten
<i>Ich denke, es ist selbstverständlich, dass das politische Personal von Einschnitten nicht verschont bleiben kann.</i> (Seite 26)	<ul style="list-style-type: none"> - die Bezüge der Bundestagsabgeordneten waren seit dem Antrittsjahr der rot-grünen Regierung bis 2003 um knapp 700 Euro gestiegen - nach der Agenda-Rede gab es zunächst keine Erhöhungen, bis man sich für Anfang 2008 einen Aufschlag von 330 Euro auf 7.339 Euro verordnete - zu Beginn des kommenden Jahres werden die Diäten erneut angehoben, dann um 329 Euro.

² Quelle: <http://www.freitag.de/2008/12/08121001.php>

III. AUFSCHWUNG

- «Rund ein Drittel des Aufschwungs ist auf das zurückzuführen, was die Politik gemacht hat»
(Benjamin Scharnagel, Reformexperte beim Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln)³

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
	Offizielle Arbeitslosenzahlen⁴
<i>Unsere Agenda 2010 enthält weitreichende Strukturreformen. Diese werden Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts bei Wohlstand und Arbeit wieder an die Spitze bringen. (Seite 6)</i>	- März 2003: 4,607 Millionen - Frühjahr 2005: 5,1 Millionen - März 2008: 3,62 Millionen
	Wirtschaftswachstum⁵
	2003: - 0,1 % 2004: 1,6 % 2005: 0,9 % 2006: 2,9 % 2007: 2,5 %
	Haushalt
	- 2007: der Staatshaushalt ist ausgeglichen (erstmal seit 1998)
	Renten- und Krankenversicherung
	- 2007: Milliardenüberschüsse

³ Quelle: <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/933957.html>

⁴ Quelle: <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/933957.html>

⁵ Quelle: http://www.spd.de/show/1743263/120308_SPD_Aktuell_Agenda2010.pdf

IV. KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE⁶

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
<i>Deshalb halten wir am Ziel der Haushaltskonsolidierung und am Stabilitätspakt, den wir vereinbart haben, fest. Nur: Dieser Pakt darf eben nicht statisch interpretiert werden.</i> (Seite 7)	- die Gesundung der öffentlichen Haushalte wurde vorangetrieben (im Zuge des anziehenden wirtschaftlichen Wachstums, sinkender Arbeitslosigkeit und fortgesetzter Konsolidierungsanstrengungen) - 2007 konnten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammen genommen erstmals seit vielen Jahrzehnten eine „schwarze Null“ vorweisen
	- die Neuverschuldung des Bundes ist halbiert worden: 2005: 31,2 Milliarden Euro 2007: 14,4 Milliarden Euro - sie ist damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung
	- die Ausgabenquote (Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt) erreicht mit 11,2% voraussichtlich bereits 2008 einen historischen Tiefstand - Subventionen werden abgebaut: die Finanzhilfen des Bundes sanken zwischen 2005 und 2008 um 7% (von 6,1 Milliarden Euro auf 5,7 Milliarden Euro)
	- bereits 2006 konnte die Defizitgrenze des Maastrichter EU-Vertrages (3% des BIP) mit 1,6% deutlich unterschritten werden
	- in der Finanzplanung des Bundes wird für 2011 ein ausgeglichener Haushalt angepeilt
	- die Staatsquote ⁷ ist von 2003 bis 2006 um 3 Prozentpunkte gesunken: von 48,5% auf 45,6 % - damit liegt sie wieder auf dem Niveau von 1975 (trotz der enormen finanziellen Belastungen im Zuge der Wiedervereinigung) - betrachtet man die Entwicklung der Staatsquoten im internationalen Vergleich, zeigt sich, dass Deutschland als einziges großes EU-Land eine erfolgreiche ausgaben- seitige Konsolidierung vorzuweisen hat.

⁶ Quelle: http://www.spd.de/show/1743263/120308_SPD_Aktuell_Agenda2010.pdf

⁷ Quelle: http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Presse/Reden_20und_20Interviews/051.html

V. MEHR INVESTITIONEN IN BILDUNG; FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG⁸

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
	Ganztagsschulprogramm
<i>Wir sind verpflichtet, gerade in Zeiten geringen Wachstums oder wirtschaftlicher Stagnation die öffentlichen Investitionen auf hohem Niveau zu halten.</i> (Seite 8)	- mit dem 4-Milliarden -Ganztagsschulprogramm der Agenda 2010 hat die Schröder-Regierung einen wichtigen Paradigmenwechsel in der Schulpolitik eingeleitet - seitdem sind rund 6400 Schulen zu Ganztagschulen auf- bzw. ausgebaut worden
	Betreuungsangebot
	- das Angebot von Betreuungsplätzen wurde erheblich verbessert - mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (beschlossen Dezember 2004) hat die SPD den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung auch für Kinder unter 3 Jahren eingeleitet - den Kommunen stehen seitdem jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro zusätzlich für ein besseres Betreuungsangebot zur Verfügung
	Forschungsförderung
	- Leitziel der Forschungsförderung: 3% des Bruttoinlandsprodukts sollen jährlich ab 2010 in Forschung und Entwicklung fließen, damit Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit sichert und in den Bereichen der Spitzenforschung wichtige Zukunftsmärkte von morgen erschließt - Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt: 1998: 2,31% 2006: 2,53%
	Exzellenzinitiative
	- durch die Exzellenzinitiative bis 2011 (Gesamtvolumen: 1,9 Milliarden Euro) entstehen „Leuchttürme der Wissenschaft“ - mit der Förderung von Graduiertenschulen und Exzellenzclustern wird die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen gestärkt

⁸ Quelle: http://www.spd.de/show/1743263/120308_SPD_Aktuell_Agenda2010.pdf

VI. SENKUNG DER EINKOMMENSSTEUER⁹

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
	Eingangssteuersatz
<i>Wir werden - wie geplant - die nächsten Stufen der Steuerreform mit einem Entlastungsvolumen von rund 7 Milliarden Euro am 1. Januar 2004 und von 18 Milliarden Euro am 1. Januar 2005 ohne Abstriche umsetzen.</i> (Seite 10)	- der Eingangssteuersatz ist seit 2005 bei 15% (1998: 25,9%)
	Spitzensteuersatz
	- der Spitzensteuersatz wurde auf 42% gesenkt (1998): 53% - der Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen (ab 250.000 Euro für Ledige und ab 500.000 Euro für Verheiratete) wurde allerdings auf 45% erhöht
	Grundfreibetrag
	- das steuerfreie Jahreseinkommen wurde von 6.322 Euro (1998) auf 7.664 Euro (2004) angehoben

⁹ Quelle: http://www.spd.de/show/1743263/120308_SPD_Aktuell_Agenda2010.pdf

VII. ARBEITSMARKT

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
<i>Wir wollen das Ziel nicht aufgeben, dass jeder, der arbeiten kann und will, dazu auch die Möglichkeit bekommt. Wir haben die Arbeitsmärkte deshalb für neue Formen der Beschäftigung und der Selbstständigkeit geöffnet. Wir haben das Programm "Kapital für Arbeit" aufgelegt. Wir haben die Bedingungen für die Vermittlung der Arbeitslosen durchgreifend verbessert. Wir haben Rechte und Pflichten der Arbeitssuchenden in ein neues Gleichgewicht gebracht. Wir sind dabei, die Bundesanstalt für Arbeit so umzubauen, dass sie ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen kann, nämlich Arbeitslose in Arbeit zu vermitteln und sie nicht bloß zu verwalten. (...) Diese Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden wir weiter deutlich verbessern.</i> (Seite 12)	Offizielle Arbeitslosenzahl¹⁰ - März 2003: 4,607 Millionen - Frühjahr 2005: 5,1 Millionen - März 2008: 3,62 Millionen
	Vermittlung und Dienstleistungen am Arbeitsmarkt¹¹ - die Bundesagentur für Arbeit wurde zu einem modernen Dienstleister umgebaut - Ziel: mehr und bessere Betreuung der Arbeitslosen unter einem Dach
	Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe - alle erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen werden aus einer Hand betreut - die arbeitsmarktpolitischen Instrumente stehen allen Betroffenen zur Verfügung (auch den ehemaligen Sozialhilfebeziehern) - das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit wurde so offengelegt (eine Voraussetzung für konkrete Hilfe)
	Förderung besonderer Zielgruppen - Ausbildungspakt für Jugendliche: die ursprüngliche Zielsetzung von 30.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen ist mittlerweile verdoppelt worden - Initiative 50 plus für Ältere - Jobperspektive
	Korrektur von Fehlentwicklungen der Agenda 2010 - die Bezugsdauer von ALG I wurde wieder verlängert (die Lebensleistung langjähriger Beitragszahler soll stärker berücksichtigt werden) - der Mechanismus der Regelsatzanpassung des ALG II wird überprüft

¹⁰ Quelle: <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/933957.html>

¹¹ Quelle: http://www.spd.de/show/1743263/120308_SPD_Aktuell_Agenda2010.pdf

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
	Erfolge
	<ul style="list-style-type: none"> - Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2007: durchschnittlich 700.000 - die Erwerbstätigkeit ist auf dem höchsten Stand seit vielen Jahren (ca. 40 Millionen Erwerbstätige) - die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist deutlich gestiegen (+580.000 gegenüber dem Vorjahr)
	<ul style="list-style-type: none"> - die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist um mehr als 17% gesunken - die Erwerbsquote der über 50jährigen ist um 6,5% gestiegen
	<ul style="list-style-type: none"> - jährliche Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden Euro - dadurch gewinnen die Städte und Gemeinden finanziellen Handlungsspielraum (z.B. für die frühkindliche Förderung)
	KRITISCHE STIMMEN¹²
	ALG II-Bezieher
	<ul style="list-style-type: none"> - rund 3,2 Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld tauchen derzeit nicht in der Statistik auf, darunter etwa 225.000 Erwerbslose, die der bisherigen 58er Regelung unterliegen. - im Bereich des ALG II waren Ende 2007 etwa 5,3 Millionen "erwerbsfähige Hilfesuchende" registriert, mehr als die Hälfte von ihnen - 2,85 Millionen - sind jedoch nicht als erwerbslos aufgeführt (dazu zählen Aufstocker, ältere Erwerbslose, Menschen in Bildungsmaßnahmen sowie Hilfebedürftige, die noch zur Schule gehen oder Angehörige pflegen)
	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
	<ul style="list-style-type: none"> - seit 2003 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse beinahe gleich geblieben: im Juni 2003 waren 26,8 Millionen, im Juni 2007 etwa 26,9 Millionen - das leichte Plus nach einer kleinen Talfahrt, die 2005 ihren Tiefpunkt erreichte (26,1 Millionen), ist vor allem dem Anstieg der Leiharbeit zu verdanken, bei der Beschäftigte in der Regel 20 bis 40 % unter Branchen-Tariflohn verdienen. - seit 1996 hat sich die Zahl der Leiharbeiter mehr als vervierfacht: von rund 180.000 auf etwa 800.000 Ende 2007.
	Niedriglöhne
	<ul style="list-style-type: none"> - mehr als 7 Millionen Menschen erhalten Niedriglöhne - ca. 3 Millionen davon verdienen so wenig, dass sie zumindest zeitweise Anspruch auf ALG II hätten, aber nur etwa 1,3 Millionen Menschen machen davon Gebrauch

¹² Quelle: <http://www.freitag.de/2008/12/08121001.php>

	- 0,5 Millionen der so genannten Aufstocker arbeitet Vollzeit; 5 Millionen Menschen arbeiten ausschließlich in Minijobs
--	---

VIII. HILFEN¹³

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
	ALG II
<p><i>Wir müssen auch über das System unserer Hilfen nachdenken und uns fragen: Sind die sozialen Hilfen wirklich Hilfen für die, die sie brauchen? Ich akzeptiere nicht, dass Menschen, die arbeiten wollen und können, zum Sozialamt geben müssen, während andere, die dem Arbeitsmarkt womöglich gar nicht zur Verfügung stehen, Arbeitslosenhilfe beziehen. Ich akzeptiere auch nicht, dass Menschen, die gleichermaßen bereit sind zu arbeiten, Hilfen in unterschiedlicher Höhe bekommen. Ich denke, das kann keine erfolgreiche Integration sein. Wir brauchen deshalb Zuständigkeiten und Leistungen aus einer Hand. Damit steigern wir die Chancen derer, die arbeiten können und wollen. Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf einer Höhe - auch das gilt es anzusprechen -, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird.</i></p> <p>(Seite 14)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kern der Agenda-Politik war das Hartz-IV-Gesetz von 2005, mit dem das Arbeitslosengeld II eingeführt wurde. - nach einer Ost-West-Angleichung und einer "Erhöhung" um 2 Euro liegt der Regelsatz derzeit bei 347 Euro - nach Ansicht von Experten müssten 420 Euro pro Person gezahlt werden, um den nötigsten Bedarf zu sichern - eine allein erziehende Mutter mit fünfjährigem Kind erhält heute 680 Euro, hinzu kommen "angemessene" Kosten für Unterkunft und Heizung
	Regelsätze
	<ul style="list-style-type: none"> - ein Erwachsener hat nach dem Regelsatz im Monat unter anderem 34,70 Euro für Kleidung und Schuhwerk zur Verfügung, 24,29 Euro für Möbel und Haushaltsgeräte und 38,17 Euro für Kultur und Freizeit - für Bildung sieht der Regelsatz keine Ausgaben vor - für Nahrung und Genussmittel müssen ALG-II-Empfänger mit 128,39 Euro auskommen. - um Zweifel an solchen "Hungersätzen" zu zerstreuen, hat Berlins SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin einen Hartz-Speiseplan vorgestellt, der mit seinen Menü-Varianten (eine halbe Gurke, 130 Gramm Leberkäse, 200 Gramm Kartoffelsalat) den Speise-Regelsatz von 4,25 Euro pro Tag noch unterbietet.
	<ul style="list-style-type: none"> - der Regelsatz wird aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes abgeleitet - das derzeitige soziokulturelle Existenzminimum wurde nach Zahlen von 1998 berechnet - eine deutliche Anhebung nach der nächsten, für 2010 avisierten Auswertung der EVS ist kaum zu erwarten; die Bezugsgruppe, das ärmste Fünftel, hat heute womöglich weniger zur Verfügung, als zur letzten EVS im Jahr 2003.

¹³ Quelle: <http://www.freitag.de/2008/12/08121001.php>

IX. SANKTIONEN¹⁴

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
<i>Niemandem aber wird künftig gestattet sein, sich zulasten der Gemeinschaft zurückzulehnen. Wer zumutbare Arbeit ablehnt - wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern -, der wird mit Sanktionen rechnen müssen.</i> (Seite 14)	Pflichtverletzung - Erwerbslose müssen schon bei kleinsten Verfehlungen mit Strafen rechnen - bei einer einfachen Pflichtverletzung (etwa Ablehnung von Arbeit oder Abbruch einer Maßnahme) können bis zu 30 % der Leistung gekürzt werden, bei einfachen Meldeversäumnissen (etwa Termin in der Arbeitsagentur verpasst) um 10 % - unter 25-Jährige müssen sogar damit rechnen, dass ihnen im Falle einer wiederholten Pflichtverletzung das komplette ALG II gestrichen wird.
	Zahl der verhängten Sanktionen - im Bereich von Hartz IV stieg die Zahl der verhängten Sanktionen zwischen Oktober 2006 und September 2007 um 66% , unter Beziehern von Arbeitslosengeld I um 21% - die gesamte Zahl der Strafen kann die Bundesregierung nicht angeben, da zur Verfügung stehende Daten nur einen Teil der betroffenen Erwerbslosen erfassen (in diesem Fall etwa 86 %) - im Oktober 2006 waren demnach 84.565 erwerbsfähige Hilfebedürftige von Sanktionen betroffen, im September 2007 bereits 123.137 Hilfebedürftige.
	Gesamtzahl der Sperrzeiten - die Gesamtzahl der Sperrzeiten, also jener Wochen, in denen Erwerbslose kein ALG II erhalten, lag 2006 bei 526.911 Wochen und stieg innerhalb eines Jahres auf 639.222 Wochen in 2007 - ein großer Teil der Sanktionen erwies sich später als rechtswidrig; von den 45.415 Widerspruchsverfahren im Jahr 2006 waren im Bereich von Hartz IV etwa 35 % erfolgreich, im Bereich des Arbeitslosengeldes I sogar 41 %

X. WAHRUNG DER ARBEITNEHMERRECHTE¹⁵

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
<i>Ich möchte zum Thema Arbeitsmarkt unmissverständlich klarstellen: Wir werden das Recht auf Mitbestimmung nicht antasten und wir werden auch die Flächentarifverträge nicht abschaffen.</i> (Seite 20)	- trotz anders lautender Überlegungen von CSU/CSU hat die SPD in der Großen Koalition den Erhalt der Tarifautonomie vertraglich festgeschrieben

¹⁴ Quelle: <http://www.freitag.de/2008/12/08121001.php>

¹⁵ Quelle: http://www.spd.de/show/1743263/120308_SPD_Aktuell_Agenda2010.pdf

XI. SOZIALE GERECHTIGKEIT¹⁶

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
<p><i>Es gibt gelegentlich Maßnahmen, die ergriffen werden müssen und die keine Begeisterung auslösen, übrigens auch bei mir nicht. Trotzdem müssen sie sein. Deswegen werden wir sie auch umsetzen.</i> (Seite 24/25)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - 2,7 Millionen Kinder leben heute in der Bundesrepublik in Armut, vor der Agenda 2010 waren es nur halb so viel - im Februar 2003 war noch eine knappe Mehrheit der Deutschen (52 %) für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, im April 2003 - kurz nach Schröders Rede - fanden nur noch 41 %, dass ein solcher Schritt in die richtige Richtung gehe - heute glauben nur noch drei von zehn Bundesbürgern, in Deutschland gehe es alles in allem eher gerecht zu - zwei Drittel sehen einen Mangel an sozialer Ausgewogenheit - die empfundene Gerechtigkeitslücke ist im Osten noch größer - hier fanden einer aktuellen Umfrage zufolge 77 %, es gehe in Deutschland eher ungerecht zu.

XII. „DEUTSCHLANDS STÄRKE NEU (...) ENTWICKELN“¹⁷

Schröder im März 2003	Die Realität im März 2008
	Aufstiegchancen?
<p><i>Ich habe beschrieben, was wir leisten müssen, um unsere Schwierigkeiten zu überwinden - Schritt für Schritt, gar keine Frage, aber wir müssen das anpacken - und Deutschlands Stärke neu zu entwickeln. Unser Land hat - daran kann doch kein Zweifel bestehen - große Potenziale. Potenziale, die wir durch eine gemeinschaftliche Anstrengung wecken können und wecken müssen. Wir verlangen der Gesellschaft heute etwas ab, aber wir tun es, damit den Menschen neue Chancen eingeräumt werden, Chancen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Höchstleistungen zu erbringen.</i> (Seite 32)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - von Aufstiegchancen ist fünf Jahre nach der Agenda-Rede kaum die Rede - im Gegenteil: Die Mittelschicht bröckelt. - nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, das die Verteilung um ein "mittleres Einkommen" von 16.000 Euro pro Person im Jahr zugrunde legt, wuchs die armutsgefährdete Schicht (weniger als 70 % des mittleren Einkommens) von 2000 bis 2006 um etwa ein Viertel auf 25,4 % der Gesamtbevölkerung - die Menschen bleiben auch länger arm: 66 % der armutsgefährdeten Deutschen waren noch nach vier Jahren ganz unten. Vor einiger Zeit lag diese Beharrungsquote erst bei etwa 54 %.
	Steuer- und Abgabenlast
	<ul style="list-style-type: none"> - eine OECD-Studie hat gezeigt, dass sich die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland zuletzt "weiter auf Gering- und Durchschnittsverdiener konzentriert" habe - trotz geringerer Steuersätze nehme für diese die tatsächliche Belastung kaum ab; dahinter steckt ein Effekt, die kalte Progression: Lohnsteigerungen haben höhere Steuerbelastungen zur Folge, dies frisst in Verbindung mit steigenden Preisen die Lohnzuwächse wieder auf.

¹⁶ Quelle: <http://www.freitag.de/2008/12/08121001.php>

¹⁷ Quelle: <http://www.freitag.de/2008/12/08121001.php>